

Am 25. September stimmen wir über zwei Volksinitiativen und das Nachrichtendienstgesetz ab. Hier die Positionen der CVP-Delegiertenversammlungen:

Das Volksbegehren „für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (grüne Wirtschaft)“ fordert, dass die Schweiz ihren ökologischen Fussabdruck mehr als halbiert. Rund 65 Prozent des heutigen Ressourcenverbrauchs müsste reduziert werden. Auch wenn das Kernanliegen der Initiative gut gemeint ist, die Umsetzung der geforderten Massnahmen ist unrealistisch.



Zusätzliche Auflagen und Vorschriften sowie Lenkungsabgaben und Steuern würden Güter und Dienstleistungen in der Schweiz massiv verteuern. Der Werkplatz Schweiz würde an Konkurrenzfähigkeit einbüssen. **Bundesrat und Parlament sowie die Delegiertenversammlungen der CVP sagen NEIN zur Initiative.**

Die Volksinitiative „AHV plus: für eine starke AHV“ wurde vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund lanciert und will die Altersrenten um 10 % erhöhen. Es wird mit Mehrkosten von über 4 Mia CHF gerechnet. Das Parlament erarbeitet jedoch momentan die Reform der Altersvorsorge 2020. Wir stehen vor grossen Herausforderungen, werden die Menschen doch immer älter.



Eine Anhebung der Renten ist schlicht und einfach nicht tragbar. Die Initiative gefährdet die Solidarität. **Bundesrat, Parlament und die CVP-Fraktion wie auch die CVP-Delegierten empfehlen ein NEIN zur Initiative.**

Gegen das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) haben die JUSO und die Grüne Partei das Referendum ergriffen.

Der Nachrichtendienst hat heute jedoch zu wenig Möglichkeiten, um Gefahren früh zu erkennen oder gezielte Überwachungen durchzuführen. Die gesetzlichen Grundlagen sind an die heutigen Gegebenheiten mit globaler Terrorgefahr, Internet und Cyber-Kriminalität anzupassen. Deshalb braucht es ein neues Gesetz. **Die CVP sagt Ja zum neuen NDG.**

News CVP Malters, September 2016
6102 Malters

info@cvp-malters.ch
www.cvp-malters.ch

Spendenkonto
Raiffeisenbank Malters
IBAN CH36 8119 2000 0002 5040 1

Parteileitungsteam
Lisbeth Furrer-Bircher
Ruth Zemp-Thalmann
Sepp Furrer
Ursula Gasser-Zemp
Roland Jenni
Guido Klaus
Daniel Piazza
Severin Zumbühl



News CVP Malters

Liebe Malterserinnen, liebe Malterser, grüezi mitenand

Die aktuelle Entwicklung von Malters ist beeindruckend. Als ich vor sechs Jahren neu das Präsidium der CVP übernahm, befand sich das Projekt „Zentrum Weihermatte-Bahnhof“ in der Vorbereitungsphase. Der Bebauungsplan lag zur Stellungnahme auf. Wir erkannten die grosse Chance, uns fehlte aber eine verbindliche Festlegung einer Fussgänger-Gleisquerung und somit eine direkte Verbindung vom Nord- zum Südteil des Dorfes mit dem künftigen neuen Dorfkern. Unsere Einsprache bewirkte, dass diese nun bei den Sonderbauvorschriften enthalten ist. Der dafür benötigte Platz ist also gesichert.

Viele politische Diskussionen waren notwendig, bis die Zentrumsüberbauung mitgetragen wurde und nun umgesetzt wird. Es freut mich, dass Malters hinter der zukunftsweisenden Bebauung mit innerer Verdichtung, der Bildung eines neuen Dorfzentrums und den Grundlagen zur Schaffung von einem vielseitigen Einkaufs- und Dienstleistungsangebot steht. Die Bauarbeiten gehen voran und sind für Gross und Klein interessant zum Verfolgen.



Neue Angebote durch private Eigeninitiative



Ohne grosses Aufsehen und Diskussionen bekommt Malters weitere Infrastrukturen durch private Anbieter (Kunstturnhalle, Krabbelpark für Kleinkinder, Tennishalle, Fitnesscenter). Diese werden auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Das bedeutet eine Attraktivitätssteigerung für alle Altersgruppen, für Familien und Sportbegeisterte. Eine ideale Ergänzung zu unseren kulturellen Angeboten und dem vielseitigen Naherholungsgebiet in der Natur.

Eine funktionierende Gemeinde benötigt sowohl einen aktiven politischen Dialog als auch Eigeninitiative. Engagement bringt unsere Gesellschaft weiter und nützt uns allen. Wir alle sind ein Teil davon. **Wer weiss, vielleicht ist die oben erwähnte Fussgänger-Gleisquerung auch über private Eigeninitiative realisierbar? Der Platz dafür ist vorgesehen.**

Lisbeth Furrer-Bircher
Präsidentin CVP Malters

PS: Sind Sie an unserer politischen Arbeit interessiert?
Melden Sie sich: info@cvp-malters.ch. Sie sind herzlich willkommen.

www.cvp-malters.ch



Nein zur SP-Steuerinitiative

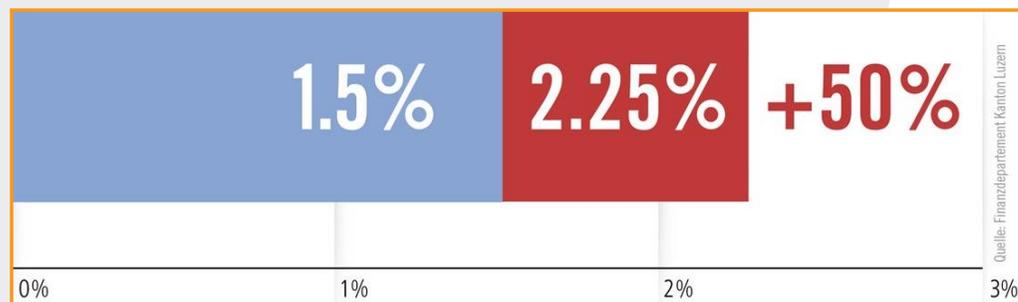
Worum geht es?

Am 25. September 2016 entscheidet das Luzerner Stimmvolk über eine Initiative mit dem Namen «Für faire Unternehmenssteuern». Eine Annahme dieser von SP und Grünen lancierten Initiative hätte einschneidende Folgen. Jedes Unternehmen im Kanton Luzern müsste 50 Prozent mehr Gewinnsteuern an Kanton und Gemeinde zahlen.



Sorge tragen zu unseren Arbeitsplätzen!

Die Wirtschaft im Kanton Luzern ist nach der Halbierung des Gewinnsteuersatzes im Jahr 2012 überdurchschnittlich gewachsen und befindet sich heute – trotz widrigem Umfeld – in einem sehr guten Zustand. So ist der Anteil des Luzerner Bruttoinlandsprodukts (BIP) am gesamtschweizerischen BIP so gross wie nie zuvor. Ausserdem hat sich die Zahl der Einträge im Handelsregister deutlich erhöht. Ebenso die Anzahl der Beschäftigten: Während 2013 schweizweit 1,2 Prozent mehr Arbeitnehmer beschäftigt wurden als im Vorjahr, wuchs im selben Zeitraum im Kanton Luzern die Zahl der Beschäftigten um 1,8 Prozent – im privaten Sektor sogar um 2,7 Prozent. Analog entwickelte sich die Arbeitslosenquote: Im Juli 2016 lag sie schweizweit bei 3,1 Prozent, im Kanton Luzern nur gerade bei 1,9 Prozent. Keine Frage: Unsere Steuerstrategie hat auch seine klaren Schwächen, aber klar ist, dass sie Arbeitsplätze schafft!



Die SP-Steuerinitiative will den Gewinnsteuersatz je Steuereinheit von heute 1.5 auf 2.25 Prozent des Reingewinns erhöhen, da ist die CVP klar dagegen.

Risiko des Steuerrückgangs

Die Initiative leistet nicht wirklich einen Beitrag zur Lösung der Finanzprobleme des Kantons Luzern. Die von den Initianten prognostizierten zusätzlichen Steuereinnahmen von 10 Mio. Franken sind sehr unsicher. Denn durch eine Abkehr von der eingeschlagenen Steuerstrategie entsteht die Gefahr, dass auch Unternehmen aus unserem Kanton ziehen, die für den Grossteil der Unternehmenssteuern im Kanton Luzern aufkommen. Und so kann für den Kanton statt eines kleinen Steuerwachstums gar ein Steuerrückgang resultieren. Das darf bei unserem aktuellen Defizit des kantonalen Finanzhaushalts von jährlich 170 Mio. nicht passieren.

www.cvp-malters.ch

Dimensionen Staatshaushalt Kanton Luzern

Ertrag 2015	CHF	3'631 Mio.
Steuerertrag 2015	CHF	1'137 Mio.
Steuerertrag juristische Personen (inkl. Anteil direkte Bundessteuer)	CHF	169 Mio.
Aktueller Handlungsbedarf KP17	CHF	90 – 100 Mio.

Steuertlastungen waren wohlüberlegt

Laut den Initianten muss die Luzerner Bevölkerung jetzt «die Zeche dafür bezahlen», dass die Unternehmen in der Vergangenheit steuerlich entlastet wurden. Das stimmt nicht. Seit 2005 wurden natürliche und juristische Personen in drei Steuergesetzrevisionen um insgesamt rund 450 Mio. Franken entlastet (Kanton und Gemeinden). Rund drei Viertel dieser Entlastungen entfielen auf die natürlichen Personen, ein Viertel auf die juristischen Personen.

Dieses Verhältnis zeigt, dass im Kanton Luzern wohlüberlegt und mit Augenmass Steuertlastungen vorgenommen wurden.



Bestrafen wer Arbeitsplätze schafft?

Nein

zu 50% höheren Steuern!

Planungssicherheit für die Unternehmen

Die tiefe Steuerbelastung für Unternehmen ist demokratisch entschieden worden. Die Steuergesetzrevision 2011, bei der die Halbierung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen ein wesentlicher Bestandteil war, wurde von der Luzerner Bevölkerung mit einem Ja-Stimmen-Anteil von fast 70 Prozent gut geheissen. Die Gewinnsteuern nach so kurzer Zeit wieder zu erhöhen, stellt die Verlässlichkeit des Standorts Luzern in Frage. Was aber die Unternehmen brauchen ist Planungssicherheit, das ist wichtig. Und mit dieser Planungssicherheit leisten wir direkt und indirekt einen Beitrag an unser aller Arbeitsplätze.

Darum liebe Malterserin, lieber Malterser, stimmen auch Sie am 25. September Nein zur SP-Steuerinitiative.

Daniel Piazza, Kantonsrat, CVP Malters

info@cvp-malters.ch